

Einrichtungen formuliert. Für die örtlichen Volksvertretungen ergab sich daraus die Pflicht, diese Betriebe und Einrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Außerdem wurde die Verantwortlichkeit der örtlichen Organe für die politische Entwicklung ihres gesamten Territoriums ausdrücklich festgelegt.

Von diesen Tatsachen ausgehend, beschloß der Bezirkstag, eine Hauptkommission zu bilden, die mit der Vorbereitung des Programmwurfes zur Unterstützung der Braunkohlebetriebe im Kampf um die Kohle beauftragt wurde. Diese Hauptkommission setzte sich aus Abgeordneten des Bezirkstags und der Kreistage sowie Fachleuten aus den Braunkohlebetrieben zusammen. Sie beschäftigte sich, zusammen mit sechs von ihr gebildeten Unterkommissionen, mit folgenden Problemen: Werbung von Arbeitskräften für die Kohlebetriebe und Kraftwerke, Unterstützung bei technischen Neuerungen, Kleinmechanisierung usw., Einhaltung der Bautermine zur Steigerung der Produktion von Kohle und Energie, Verbesserung des Wohnungsbaus, des Verkehrswesens, der Handelstätigkeit und der kulturellen und sozialen Betreuung in den Braunkohlegebieten sowie Vorbereitung von Maßnahmen zur Einsparung von Kohle und Energie.

Diese Kommissionen leiteten Abgeordnete bzw. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates. Bei ihrer Arbeit konnten sich die Kommissionen auf die bisherigen Erfahrungen der Partei stützen. Die Bezirksleitung der Partei hatte z. B. im zweiten Halbjahr 1956 den Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Braunkohlebergbau organisiert. Dabei gab es gute Leistungen bei der Erhöhung der Kohleproduktion und der Abraumförderung. Bereits in den ersten Monaten dieses Jahres konnten die Pläne zum Teil wesentlich übererfüllt werden. Das war das Ergebnis des organisierten Kampfes der Partei vor allem auf ideologischem Gebiet.

An diese gute Arbeit knüpften die Kommissionen an. In Betrieben des Maschinenbaus, der Bauindustrie und auch in verschiedenen Gemeinden kam es zu Aussprachen über die Notwendigkeit der Unterstützung des Kohle- und Energieprogramms, das die Grundlage für die weitere Entwicklung unseres sozialistischen Aufbaus ist. Unter anderem wurde die Frage gestellt, ob nach dem 30. Plenum durch die Festlegung der Investitionssummen für das Kohle- und Energieprogramm die übrige Wirtschaft bis 1962 stagniere. Die Abgeordneten erklärten: „Ein Grundprinzip der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft ist, daß die Grundstoffindustrie und somit die Produktion von Kohle und Energie vorrangig entwickelt werden muß. Diese Vorrangigkeit der Entwicklung wurde mit den Beschlüssen des 30. Plenums des ZK für die weitere Perspektive gesichert und fand ihren Niederschlag im Ministerratsbeschluß vom 21. März 1957. Weiterhin beweisen der Beschluß des Bezirkstags zur Unterstützung der Braunkohleindustrie und der Volkswirtschaftsplan 1957 für den Bezirk schlagkräftig, daß von einer Stagnation der Entwicklung der übrigen Wirtschaftszweige keine Rede sein kann.“

Weitere Auseinandersetzungen gab es in Werkleitungen einiger Baubetriebe. 1956 hatte sich gezeigt, daß der Investitionsplan in der Braunkohleindustrie schlechter erfüllt wurde als in anderen Wirtschaftszweigen. Die Werkleitungen einiger Baubetriebe waren nicht geneigt, Investitionsobjekte der Kohleindustrie vorrangig zu bauen. Dasselbe zeigte sich auch in den ersten Monaten dieses Jahres, weil nach Meinung dieser Werkleitungen die Rentabilität ihrer Betriebe